

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dkfm. Dr. Günter Stummvoll, Jan Krainer, Mag. Bruno Rossmann,
Lutz Weinzinger, Josef Bucher
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Erstellung eines Berichts über die Umsetzung und die Auswirkungen des
Bundesgesetzes, mit dem das Börsegesetz und das Bankwesengesetz geändert werden

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Antrag der Abgeordneten Dkfm. Dr. Günter
Stummvoll, Josef Bucher, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem
das Börsegesetz und das Bankwesengesetz geändert werden (82/A), in der Fassung des
Ausschussberichtes 55 d.B.

Mit der Novelle zum Börsegesetz und zum Bankwesengesetz wird die Richtlinie
2004/109/EG zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf
Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt
zugelassen sind, umgesetzt.

Die Auswirkungen kapitalmarktrechtlicher Meldepflichten sollen in Zusammenarbeit mit der
Finanzmarktaufsicht und der Übernahmekommission unter Berücksichtigung der
internationalen Entwicklung analysiert werden. Deshalb sollte innerhalb angemessener
Zeit dem Nationalrat ein Bericht vorgelegt werden, der eventuell auftretende
Unstimmigkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Finanzen und die Bundesministerin für Justiz werden ersucht,
dem Nationalrat bis Ende 2008, auf der Basis der Anwendungserfahrungen der
vollzugszuständigen Behörden (Übernahmekommission und Finanzmarktaufsicht) und
unter Einbeziehung von Kapitalmarktexperten einen Bericht über die
Transparenzverpflichtungen am Kapitalmarkt vorzulegen. Dieser Bericht soll potentielle
Problemfelder darstellen und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.

Des weiteren sollen der Bundesminister für Finanzen und die Bundesministerin für Justiz
dem Parlament bis 15. September 2007 unter Einbeziehung der vollzugszuständigen
Behörden über internationale Beispiele und Erfahrungen einer Absenkung der niedrigsten
Meldeschwelle, die derzeit bei 5% liegt, auf 2 oder 3% berichten, soweit Informationen
darüber verfügbar sind. Darüber hinaus sollen dem Nationalrat eine Darstellung der
unterschiedlichen Einschätzungen einer solchen Meldeschwellenabsenkung durch die
Übernahmekommission und die Finanzmarktaufsichtsbehörde ebenso wie damit
einhergehende Verbesserungsvorschläge für das Übernahmerecht übermittelt werden.“